

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

16.2.1906 (No. 53)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Nr. 53.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1906.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** Sich gnädigst bewegen gefunden, dem Gendarmerie-wachmeister Wilhelm Hoffetter in Baden die unter-tänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen silbernen Ehrenmedaille des königlich niederländischen Ordens von Oranien-Nassau zu erteilen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzog-lichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 3. Februar d. J. wurde dem Postassistenten Eugen Anton Reichert in Freiburg und Adolf Vogel in Mann-heim der Titel Postsekretär verliehen.

Mit Entschließung des Großh. Verwaltungshofs vom 5. d. M. wurde Verwaltungsassistent Emil Gauth an der Heil- und Pflgeanstalt bei Emmendingen in gleicher Eigenschaft an die Heil- und Pflgeanstalt bei Wiesloch ver-  
setzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Auswärtige Politik in den Landtagen.

II.

In der gestrigen Sitzung der bayerischen Abgeordneten-kammer beantwortete Ministerpräsident Freiherr von Bode-wills die bereits mitgeteilten Äußerungen der Abgg. Geiger und Casselmann folgendermaßen:

Bereits im Jahre 1879 hat Staatsminister v. Freyhofner gesagt, daß man es unbegreiflich finde, daß er von diesem Sitz aus keine politische Rede halten könne, indem er der Ansicht sei, daß die Behandlung derartiger politischer Fragen in den Reichstag gehört und hier nicht separat behandelt werden können. Es hat sich damals auch um Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches im Landtag gehandelt. Des weite- ren hat Graf Crailsheim im Jahre 1895 in der Sitzung vom 28. Oktober ausgeführt, man dürfe ja nicht vergessen, daß für alle der Reichsangelegenheiten eine Volksvertretung bestehe in den Reichstag, und er glaube daher, es sollten sich die Landtage der Einzelstaaten Reserve in der Behandlung der Reichsangelegen- heiten auferlegen. 1899 hat Graf Crailsheim weiter in einer Erwiderung auf eine Rede des Abg. v. Vollmar gesagt: „Ich erachte das Thema der auswärtigen Politik als ein für die Einzel Landtage vollständig ungeeignetes. Nach der Reichsver- fassung hat der Kaiser das Reich völkerrechtlich zu vertreten. In diesen Bestimmungen hat auch die Kreierung eines diplo- matischen Ausschusses eine Aenderung nicht gebracht. Für die Beziehungen des Reiches zu den auswärtigen Staaten ist in den Einzel Landtagen ein verantwortlicher Minister nicht vor- handen, und die Besprechung dieser Sachen gehört daher nach meinem Dafürhalten ausschließlich in den Reichstag.“ Des weitern hat Graf Crailsheim noch beigefügt: „Sie werden mir wohl Recht geben, eine Kritik der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches gehört nicht in Einzel Landtage“, und gegen diese Auffassung hat sich ein Widerspruch nicht erhoben. Graf Crailsheim hat also damals ein Eingehen auf die auswärtige Politik rundweg abgelehnt. Die Regierung hat darüber zu wachen, daß die Grenzen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit nirgends überschritten werden, aber die Regierung steht ebenso, wie das auch früher von dieser Stelle behauptet worden ist, durchaus dem Versuch fern, als ob sie diese Zuständigkeit irgendwie engherzig geltend machen wollte. Sie wissen nicht so ganz, in welchem reichen Maße uns eine Fülle von Affenrücken von Postkassen und Konsulaten übermitteln werden, wodurch wir ein sehr oberflächliches Bild über die ganze auswärtige Politik des Reiches erhalten, welche uns in den Stand setzen, diese Kenntnis noch durch Rückfragen an kompetenter Stelle zu ergänzen, welchen Fragen an dieser kompetenten Stelle stets gerne entsprochen wird. Dazu gehört auch der diplomatische Ausschuss. Es ist richtig, daß dieser nur selten berufen worden ist; das liegt darin, daß man ihn nicht als ein besonders leicht zu nehmendes Mittel auffassen kann. Es sind dafür noch verschiedene, wenn man so sagen kann, Surrogate geschaffen. Aber bei den auswärtigen Angelegenheiten des Reiches hat er sich als eine bedeutende In- stitution erweisen, an der wir festhalten müssen. Die letzte Tagung desselben hat dazu beigetragen, die Vertiefung, der sich diese Institution erfreut, noch zu heben, und kann dem Reichsanwalt nur der Dank ausgesprochen werden, daß er sich durch diese Institution um die Reichsangelegenheiten verdient gemacht hat. Aber darum hat es sich hier nicht gehandelt. Was ich gesagt habe, ist, daß die auswärtige Politik des Reiches kein geeignetes Thema für die Landtage ist; daß für die Reichs- tag gegeben. Es wird darüber gleichwohl niemand verkennen können, daß die Volksvertretung ein sehr berechtigtes Interesse daran hat, für den Bestand und die Weiter- entwicklung des Deutschen Reiches in den gegebenen Grenzen der Zuständigkeit sich anzunehmen und dadurch sich ihrerseits die Möglichkeit zu wahren, ihrer Anschauung Worte zu geben. Aber ebenso ist es meiner Ansicht nach nicht zweifelhaft, daß das bessere Forum dazu der Deutsche Reichstag ist. Denn nur dort steht der Volksvertretung der Mann gegen- über, der für die Reichsverfassung und die auswärtige Politik des Reiches die Verantwortung trägt. Nur dort vermag

der Reichsanwalt die Politik des Deutschen Reiches zu verteidigen und der Kritik durch richtig zu gebende Aufschlüsse entgegen zu treten, ohne daß dadurch die Interessen des Reiches leiden. Das vermag der einzel- staatliche Minister nicht. Wenn aber derartige Äußerungen hinausgehen, so muß zugegeben werden, daß statt eines realen Wertes einer derartigen Diskussion Nachteile entstehen können. Denn es ist klar, daß selbst der bestgeschulte Politiker, wenn er die Gründe einer politischen Aktion nicht genau erwägt, Ge- fahr läuft, falsche Schlüsse zu ziehen, und wenn solche falsche Schlüsse hinauslaufen in die Öffentlichkeit, dann können der- artige Konstatierungen leicht Verwirrung hervorbringen und beru- hrigend wirken, und wenn sie über die Grenze hinaus- gehen, können sie unsere auswärtige Politik diskreditieren. Ich glaube, daß in dieser Beziehung sich ein jeder von uns seiner Verantwortung nicht genug bewußt sein kann, und wenn solche Meinungen aus meinen damaligen Äußerungen herausgeklungen haben mag, kann ich nicht zugeben, daß ich den Befugnissen des Landtages zu nahe getreten bin. Der Herr Abg. Geiger und der Herr Abg. Dr. Casselmann haben die Verantwortlich- keit des einzelstaatlichen Ministers aus dem Staatsrechte des Bundesrates, aus dem Artikel 7 der Reichsverfassung abge- leitet, welches dem Bundesrate das Recht gibt, über Vorlagen Beschlüsse zu fassen. Es kann selbstverständlich in keiner Weise verkannt werden, daß durch derartige Beschlüsse des Bundes- rates, durch das Votum der bayerischen Vertretung in dem- selben und durch die Instruktionen, welche ein solches Votum herbeiführen, eine Verantwortung des einzelstaatlichen Mini- sters — durch Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Aus- gaben — auf die auswärtige Politik des Reiches ausgeübt wer- den kann. Ebenjenseits kann verkannt werden, daß der einzel- staatliche Minister darüber zur Rede gestellt werden kann, seinen Einfluß auf die auswärtige Politik im Bundesrat auch wirksam zu vertreten. Ich denke in erster Linie an den von dem Herrn Abg. Dr. Casselmann erwähnten auswärtigen Aus- schuss und an diejenigen Kompetenzbestimmungen, welche Mini- ster v. Delbrück dem auswärtigen Ausschuss gegeben hat, in- dem er ausgeführt hat, daß dieser Ausschuss befugt ist, Bemer- kungen zur auswärtigen Politik zu machen. Aber, meine Herren, bei diesem Eingreifen des Ausschusses ist ein bin- dender Einfluß auf die auswärtige Politik nicht gegeben. Absatz 1 des Artikel 11 der Reichsver- fassung weist die ausschlaggebenden Befugnisse der verantwort- lichen Vertretung des Reiches dem Bundespräsidium zu. Ein- staatlich bestimmend bindender Einfluß besteht zwischen dem Bundesrat und der Leitung des Bundesrates nicht. Der Herr Abg. Dr. Casselmann ist gestern zurückgekommen auf das Zitat einer Bismarck-Rede. Es geht nicht an, aus dieser Rede etwa einzelne Stellen herauszunehmen, man muß sie im ganzen betrachten, und man wird dann finden, daß in dieser Rede der auswärtigen Politik auch nicht mit einem Wort gedacht worden ist. Der Sinn, die Tendenz jener Rede war, das Interesse der Einzel Landtage an Reichsangelegenheiten wachzurufen, und in diesem Sinne hat Fürst Bismarck den Einzel Landtagen ans Herz gelegt, sich mit den Reichsangelegenheiten zu beschäftigen, d. h. mit jenen Reichsangelegenheiten, auf welche sich eine beschließende Tätigkeit des Bundesrates bezieht, jene An- gelegenheiten, welche im Bundesrat gemacht werden, wie Fürst Bismarck gesagt hat, über welche im Bundesrat abgestimmt wird; und, was ganz deutlich zu sein, hat der Fürst ausdrück- lich gesagt, daß er die Reichsangelegenheiten meine, und er hat eigens auf die Brauseur exemplifiziert. Nun, mit der Brause- ur steht die Leitung der auswärtigen Politik nur in ganz losem Zusammenhang, und zur Reichsangelegenheiten gehört sie auch nicht, und man kann auch nicht sagen, daß über sie im Bundesrat abgestimmt und Beschluß gefaßt wird. Die ganze Interpretation, daß jene Rede sich auf die auswärtige Politik bezieht, rührt davon her, daß Fürst Bismarck die auswärtigen Minister der Einzelstaaten genannt hat. Das aber erklärt sich mit dem ganzen bundesrätlichen Verfahren. Der Fürst hat damit sagen wollen, daß er meinte, denjenigen Minister, der sich mit der Beforgung der Reichsangelegenheiten im Einzel- staat befaßt, in dessen Ressort diese Angelegenheiten gehören, und nachdem nun überall im Deutschen Reich in allen Bun- desstaaten auswärtige Minister sind, die mit diesem Ressort befaßt sind, hat er kurzweg die auswärtigen Minister genannt, da, wo er einfach den Minister meinte, der die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches in seinem Ressort hat und den Bundesratsbevollmächtigten instruiert. Fürst Bismarck hat demnach, indem er die auswärtigen sagte, sie sollen die aus- wärtigen Minister auf ihre Tätigkeit im Bundesrat fortrigieren, nicht sagen wollen: sie sollen zusehen, was der auswärtige Minister für eine auswärtige Politik treibt, sondern er hat einfach sagen wollen, sie sollen denjenigen Minister, der die Reichsangelegenheiten in seinem Ressort hat, prüfen, wie er sich zu diesen stellt.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 14. Februar.

Abg. Bebel (Soz.) (fortfahrend) tritt der Auffassung ent- gegen, als ob seine Partei durch ihre Tätigkeit und Aitiation die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung hemme und dem Bürgertum die Lust daran vermale. Man werfe seiner Partei Sympathie mit der russischen Revolution vor. Die dortigen Sozialdemokraten wollen nicht etwa den sozialistischen Staat, sondern nur die Einführung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Die Sprache der sozialdemokrati- schen Presse und ihre Kritik werden der Partei zum Vorwurf gemacht. Das sei aber gar nichts gegen die Gedächtnis, Reden und Artikel aus der 1848er Revolution. Er sei überzeugt, daß bei den nächsten Wahlen in der Stichwahl alle bürgerlichen

Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokraten stimmen wer- den. (Zustimmung rechts.) Die bürgerliche Linke könne sich nicht schlimmer kompromittieren, als mit der Reaktion zu gehen. Redner bespricht dann das Frauenstimrecht. Die Revolution könne nur durch Reformen verhindert werden. Wenn die Mehrheit die Reformen nicht wolle, so seien sie die wirklichen Revolutionäre, nicht die Sozialdemokratie. Preußen habe jedes Anrecht auf die Führung in Deutschland verloren. Der preußische Staat habe sich am 21. Januar vor der ge- samten Kulturwelt bis auf die Knochen blamiert. (Vizepräsi- dent Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung. Stürmische Heiterkeit.) Abg. Bebel (fort- fahrend): Das Bild, welches Preußen an jenem Sonntage geboten hat, hat das Hohngelächter der ganzen Welt erragt. Die einzig vernünftige Haltung hat die Berliner Polizei ein- genommen. Ehre dem Ehre gebührt! Ich muß hier von dieser Stelle aus der Berliner Polizei meine allerhöchste An- erkennung aussprechen. (Stürmische Heiterkeit wegen des Ausdrucks „allerhöchste“.) Die Angst vor der Revolution hat die wunderbarsten Blüten getrieben in Schulen, Geschäften und überall. Redner polemisiert in diesem Zusammenhange gegen den Abg. Stöcker. Man müßte nur sein fanatisch verzerr- tes Gesicht bei seinen Reden sehen. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Wenn ein preussischer Prinz es wagte, derartige An- schauungen kundzugeben, wie sie Prinz Ludwig von Bayern neulich über das Wahlrecht ausgesprochen hat, wehe ihm! Viele preussische Junker würden ihn für verrückt halten. Wenn der Deutsche Kaiser gewählt würde, Prinz Ludwig hätte die erste Aussicht, Deutscher Kaiser zu werden. Unsere Forderungen werden in Erfüllung gehen, und wenn es durch eine zweite 4. August-Nacht geschehen wird. Anier die Welt trotz alledem! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sanktionierter Bevollmächtigter Dr. Auegmann wendet sich gegen eine Behauptung Bebel's, daß, als die Cholera in Ham- burg wütete, die Hamburger Bürgerschaft ausgerissen sei und die Bekämpfung der Seuche der sozialdemokratischen Arbeiter- schaft überlassen habe. Die Leistungen der Hamburger Bürger- schaft während der Epidemie seien als ausgezeichnet anerkannt.

Abg. Büsing (natl.) hält den Reichstag in Wahlrechtsfragen für kompetent, hält es aber nicht für richtig, den Einzelstaaten die Art des Wahlrechts vom Reichstage vorzuschlagen. Redner mißbilligt dann das Wahlbündnis der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in Sachsen und Baden. Er sei gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil derselbe eine zu große Beschränkung der Selbständigkeit der Einzelstaaten mit sich bringe. Redner tritt dann Bebel entgegen, daß das Bürger- tum kein politisches Ideal mehr habe. Das politische Ideal des Bürgertums sei allerdings nicht der nebelhafte Zukunfts- staat der Sozialdemokraten, sondern das gegenwärtige Deutsche Reich mit dem Kaiser an der Spitze. Vieles könnte darin noch besser eingerichtet werden, aber an den Grundlagen halte seine Partei fest. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Sozialdemokraten gegen diese Ideale anstürmen mit ihren revolutionären Gesin- nungen, dann scheitern sie an dem Felsen der politischen Ideale des deutschen Bürgertums. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Rahnke (frei. Vgg.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners auf Einführung einer Verfassung in Mecklenburg an und bekennt sich dann zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht in der Hoffnung, daß die Regierungen das bestehende Wahlrecht beseitigen, auch wenn, wie zu erwarten sei, der vorliegende Antrag abgelehnt werde.

Abg. Fehr v. Malsahn (kon.) sieht dem Ausbau der meck- lenburgischen Verfassung wohlwollend gegenüber, ist aber da- gegen, daß eine solche vom Reichstage autorisiert werde. Die Initiative müßte von den Landesherren bei der Großherzog- tümer ergriffen werden. Um die Sozialdemokraten in Meck- lenburg erfolgreich zu bekämpfen, sei eine Verfassung für Meck- lenburg wünschenswert.

Abg. Blumenthal (Hospitalier bei der Volksp.) fordert für Elsaß-Lothringen die Einführung einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes erwählten Volksver- tretung und kommt dabei auf die Broschüre des ehemaligen Kriminalkommissars Stephani zu sprechen und auf die von diesem enthaltene Erzählung sogenannter schwarzer Listen, auf welche alle diejenigen gefaßt würden, die im Falle der Ver- handlung des Kriegszustandes verhaftet werden sollen. „Weil sie nach Westen blicken“. Ja, sollen sie denn nach Osten blicken? Das ist ja jetzt noch viel gefährlicher. (Heiterkeit.) Die Füh- rung solcher Listen ist ein Mißbrauch, der nicht dazu geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung des Reichslandes zu der Regierung zu stärken.

Kommissar der Landesverwaltung für Elsaß-Lothrin- gen, Wirklicher Geh. Oberregierungsrat Hallen: Ich will auf die elende Broschüre eines verkommenen früheren Beamten nicht eingehen, sondern nur auf die Erzählung der sogenannten schwarzen Listen. Es sind das Verzeichnisse derjenigen Per- sonen, von denen das Ministerium, also nur die höchste In- stanz, überzeugt ist, daß sie vermöge ihrer Gesinnung, ihres Charakters und ihrer bisherigen Haltung im Falle eines Krie- ges dem Feinde tüchtige Hilfe leisten werden. Jemand eine Be- stätigung oder Unannehmlichkeit ist demjenigen, der in der Liste steht, bisher daraus nicht erwachsen und wird ihm auch nicht erwachsen. Anders aber ist es im Falle eines Krieges. Kurz nach dem Kriege hatten wir tausende solcher Spione in den Listen, und wir waren deshalb verpflichtet, unsere Truppen im Falle des Ausbruches eines Krieges vor Verrat zu schützen. Es sind immer weniger Leute geworden, die in den Listen stehen, und wir würden es mit Freude begrüßen, wenn sie bei zunehmender Beruhigung im Lande allmählich verschwin- den. Uebrigens stehen die in der Broschüre und von dem Vor- redner genannten Leute nicht in den Listen.

Abg. Brunn (Deutsche Reformpartei) erklärt: Wir werden den Antrag ablehnen allein, um den Größenwahn der Sozial- demokratie nicht noch zu fördern.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.) tritt den Darlegungen Bebel's über die Deutschen in den russischen Ost-



seeprozinsen entgegen und wirft ihm völlige Unkenntnis der dortigen Verhältnisse vor.

Nach persönlichen Bemerkungen wird die erste Beratung des Antrages geschlossen.

Morgen 1 Uhr: Pantnotenvorlage und Fortsetzung der Etatsberatung. — Schluß halb 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 15. Februar.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Der Gesetzentwurf betreffend die Ausgabe von Pantnoten zu 50 und 20 M. wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern.

Mehrere Kapitel werden ohne Erörterung genehmigt. Auf Anregung des Abg. Kettich (kons.) verpricht Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski, von dem Etatrat zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse außer dem Deutschen Landwirtschaftsrat auch landwirtschaftliche Verbände zu unterstützen.

Bei Kapitel: Statistisches Amt wird eine Zentrumsresolution angenommen, betreffend einen Beitrag für das internationale Institut für soziale Bibliographie.

\* Berlin, 14. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages führte zunächst die gestern eingeleitete Debatte über die Währungsfrage in Ostafrika fort. Im Lauf der Debatte erhob Erberger schwere Anklagen gegen den Personalreferenten der Kolonialabteilung, dem er vorwirft, bei der Beantwortung von Anfragen Abgeordneter wesentliche Momente verschwiegen und unrichtige Angaben gemacht zu haben. Erberger verlangte Auskunft über den seinerzeit von Bebel im Reichstage erwähnten Fall des Hauptmanns v. Cannenberg, der sich einer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang schuldig gemacht habe. Oberst Dinesorg legte den Fall dar und erklärte: Den sonst außerordentlich besonnenen Hauptmann Cannenberg hätten tatsächlich in einem Falle seine Nerven verlassen. Er habe sich dann aber selbst bezichtigt und sei zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die er vollständig abgehört habe. Heute sei er ein gebrochener Mann. Wenn ihm auf Grund seiner ausgezeichneten Dienstführung — abgesehen von dem einzelnen, in keinem Punkte zu beschönigenden Falle — Pension zugewilligt worden sei, so habe es sich um einen Gnadenakt gehandelt.

### Aus Oesterreich-Ungarn.

(Telegramme.)

\* Wien, 14. Febr. Abgeordnetenhause. Bei der Beratung des Dringlichkeitsantrages Stein, in welcher der Ministerpräsident aufgefordert wird, das Ermächtigungsgesetz einzubringen oder seine Entlassung zu nehmen, erklärt der Ministerpräsident unter fortwährenden lärmenden Zwischenrufen der Abgeordneten, er stehe bezüglich der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes auf dem bereits früher im Laufe entwidelten Standpunkte, und er werde sich darüber noch weiter äußern gelegentlich der in kürzester Zeit bevorstehenden Debatte über die Rückwirkung der ungarischen Zustände auf die österreichische Reichshälfte. In dem Schlusswort beschuldigt Stein den Ministerpräsidenten des Vorwurfs und wird dafür zur Ordnung gerufen. Die Dringlichkeit des Antrages Stein wird abgelehnt. Es folgt die Beratung des Dringlichkeitsantrages, betreffend die militärischen Maßnahmen in Böhmen. Im Laufe der Debatte erklärt der Minister des Innern, die Regierung werde die ihr zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendigen erscheinenden Maßnahmen gewiss nicht über das notwendige Maß hinaus ausdehnen. Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt. Das Haus beginnt darauf die zweite Lesung der Rekrutenkontingentsvorlage.

\* Budapest, 14. Febr. Graf Apponyi erklärte in einer Ansprache an eine Deputation der Stadt Nagy-Banya, die ihm und anderen Führern der Koalition das Diplom als Ehrenbürger überbrachte, er glaube, es nahe der traurigen Augenblicke, wo der Reichstag aufgelöst und die Pressefreiheit und das Versammlungsgesetz verlegt werden würden. Er hoffe, daß die Nation diese Prüfung tapfer bestehen und die öffentlichen Freiheiten, falls sie unbedrückt werden sollten, wieder erlangen werde.

\* Zimm, 14. Febr. Die bei der ungarisch- kroatischen Seeschiffahrtsgesellschaft bediensteten Heizer, Matrosen und Hafenarbeiter, zusammen 3000 Mann, sind ebenfalls in den Ausstand getreten, so daß die Gesellschaft ihre Fahrten hat einstellen müssen.

### Zum Zusammentritt des englischen Parlaments.

(Telegramme.)

\* London, 15. Febr. Ministerpräsident Campbell-Bannerman hielt gestern im national-liberalen Klub eine Rede, in der er versicherte, daß die Thronrede seinen Zuhörern nichts Ueberraschendes bringen werde. Chamberlain, fuhr der Minister fort, habe auf ein Uebel hingewiesen, seine Heilmittel aber seien schlimmer als das Uebel. Schließlich bemerkte Medner, es sei möglich, daß sich Schwierigkeiten infolge von Mißverständnissen mit der Arbeiterpartei ergeben, doch glaube er, daß das Parlament durch den Eintritt dieser Partei gewonnen habe.

— Balfour hat an Chamberlain ein Schreiben gerichtet, in dem er sich dahin ausspricht, die ausstehende Tätigkeit der Unionisten müsse in erster Linie der Fiskalreform gewidmet sein. Es sei gegen Einführung eines möglichen Zolles auf ausländische Fabrikate, sowie gegen einen niedrigen Zoll auf ausländisches Getreide nichts einzuwenden. Beide sollten angenommen werden. In seinem Antwortschreiben sagt Chamberlain: Ich stimme Ihnen freudig zu, nehme die von Ihnen ausgegebene Politik an und meine Dienste sollen gänzlich zu Ihrer Verfügung stehen.

### Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

\* Algiers, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung hat die Konferenz die Prüfung und Beratung der Vorlage betreffend das

Zollreglement und betreffend Unterdrückung der Zollhinderzungen und des Schmuggels fortgesetzt und nach einander die Artikel 14—27 angenommen. Die Artikel 14 und 15 betreffen die Strafen, die gegen des Vergehens der Zollhinderziehung in Anwendung kommen sollen. Die Artikel 16 und 17 bestimmen, daß die Küstenschiffahrt ein und demselben Regime unterliegt und daß Waren des Küstenhandels, die keinen Ausführungsoll bezahlen, von einem Ausgattertitel begleitet sein müssen. Artikel 18 fordert, daß der Betrag der Ausfuhrzölle für Waren, die für den Küstenhandel bestimmt sind, im Abgangshafen hinterlegt wird. Die folgenden Artikel handeln von der Verteilung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle. Artikel 25 setzt fest, daß die Anwendung des Reglements in den Bezirken an der algerischen Grenze, sowie in der Region der Grenze der spanischen Besitzungen, eine ausschließlich französische Angelegenheit ist. Die Konferenz nahm ferner die beiden nächsten Artikel an, deren erster Bestimmungen trifft über die Gerichtsbehörden, denen es obliegt, bei Verletzungen des neuen Reglements abzurufen, der zweite von diesen beiden Artikeln, der 27, und zugleich der letzte, sieht vor, daß auf Grund einer Uebereinkunft zwischen dem Maghzen und dem diplomatischen Korps in Tanger nach zweijähriger Erprobung eine Revision des Reglements vorgenommen werden kann. In der nächsten offiziellen Sitzung, die am Samstag, vormittag 10 Uhr, stattfindet, beabsichtigt die Konferenz den bisher noch nicht beratenen Artikel zu besprechen, der sich auf die Kontrolle der Zollerhebung und der Einsetzung von Zollschätzern bezieht, sowie Artikel 21, der die Verantwortlichkeit der Zollämter in bezug auf die Aufbewahrung von Waren regelt.

\* London, 15. Febr. Die „Times“ melden aus Tanger: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, habe der Gründer und Besitzer von Port Say in Algerien, Say, und mehrere andere Franzosen Anfang Januar eine Unterredung mit dem Präsidenten gehabt und ihm angeboten, ihm eine Anleihe von 1 Million Frank zu besorgen und 70 000 Gewehre mit Munition zu liefern. Als Gegenleistung beanspruchen sie eine Konzession für die ganze Küste zwischen Melilla und der algerischen Grenze und dem zugehörigen Hinterlande. Die französische Gesellschaft dringt in den Präsidenten, gegen Bez zu marschieren, sobald er Geld und Waffen erhalten habe. Wenn dieses Unternehmen glückt, wird die französische Gesellschaft von dem oben erwähnten Gebiete Besitz ergreifen. Die Lage des Präsidenten ist zweifellos eine sehr günstige.

### Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

\* Jaroslawe Selo, 15. Febr. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern in Audienz Abordnungen des buddhistischen Klerus, mit dem Haupt des buddhistischen Klerus von Serbien, den Wandbo-Skambor-Yama an der Spitze, sowie Vertreter der burjatischen Bevölkerung. Diese Abordnungen überreichten eine Petition, in der sie ihrer Treue und ihrem Danke für die Manifeste vom 30. Oktober und vom 3. März 1905 Ausdruck geben, welche Gleichheit und Freiheit des Gewissens gewährleisten. Die Deputation überreichte dem Kaiser eine Statue Buddhas und der Kaiserin eine von Burjäten gefertigte silberne Rafe. Für den Thronfolger übergab sie eine Statue der Göttin Jagandara, deren Besitz langes Leben und Glück bringen soll. Die Majestäten sprachen der Deputation ihren Dank für die Geschenke aus.

\* St. Petersburg, 15. Febr. Der Reichsrat nahm ein Gesetz an, welches über die Abhaltung von Versammlungen Bestimmungen trifft. Das bezügliche Gesetz vom 25. Oktober wird abgeändert. Das neue Gesetz bestimmt, daß eine Versammlung von Wählern ersten Grades ohne Anwesenheit eines Vertreters der Polizei stattfinden kann, nur muß die Polizei vorher benachrichtigt werden. Wähler zweiten Grades sind bezeugt, ohne Anmeldung bei der Polizei sich zu versammeln. Das neue Gesetz löst in nächster Woche verfallen.

\* St. Petersburg, 14. Febr. Bei Prekuln (Kurland) wurde ein Pöbel von sechs Dragonern von Benaffennten angegriffen. Drei Dragoner wurden verwundet. Auf Seiten der Angreifer wurde ein Mann getötet. In Sasenpot (Kurland) wurden von einer Militärabteilung vier Revolutionäre erschossen und zwei gehängt. — In Riga verurteilte das Kriegsgericht zwei Personen wegen verführerischer Ermordung von Kosaken zum Tode durch den Strang. Zwei andere Personen wurden wegen gewaltthamer Enttauschung von Polizeibeamten ebenfalls zum Tode verurteilt. — Heute vormittag drangen in Riga einige Leute in die Wohnung einer jüdischen Witwe ein und raubten deren Dienerin. Hierauf ermordeten sie die Witwe und plünderten die Wohnung. Darauf brachten sie sich in Sicherheit.

\* Moskau, 14. Febr. In der Wohnung eines Druckerarbeiters wurde vorgestern ein revolutionäres Komitee, das gerade eine Sitzung abhielt, verhaftet. Fünf Personen, darunter zwei Studenten und eine Studentin wurden festgenommen. Die vorgefundenen Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

\* Odesa, 14. Febr. Auf dem Alexanderprospekt wurden drei in Zeitungspapier eingewickelte Bomben gefunden. Zwölf Anarchisten wurden verhaftet.

\* Berlin, 14. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet: Laut einer Meldung aus St. Petersburg hat der russische Finanzminister sich bereit erklärt, nach dem 28. Februar Gesuche der deutschen Interessenten wegen Anwendung des bisherigen Zolltarifes hinsichtlich derjenigen Warensendungen zu prüfen, welche auf dem Wege von der Grenze nach den Zollämtern im Inlande aufgehalten worden sind. Eine generelle Vorschrift über eine mildere Zollbehandlung von Waren, deren zollamtliche Besichtigung am 28. Februar nicht beendet ist, beabsichtigt die russische Regierung nicht zu erlassen.

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 15. Februar.

Heute vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Präsidenten des Finanzministeriums, Geheimrat Becker zu längerem Vortrag.

Nach der Frühstückstafel unternahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog in Begleitung Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin die erste Ausfahrt.

Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

\*\* Nach der gestern erfolgten amtlichen Ermittlung des Ergebnisses der am 10. d. M. im 8. Wahlkreis (Bonnendorf-Waldshut) vorgenommenen Wahlwahl eines Abgeordneten zur Zweiten Kammer entfielen von 5917 gültigen Stimmen auf Oberamtsrichter Wittmann in Donaueschingen (Zentrum) 3298 Stimmen, auf Sparlaffenverwalter Krichle in Bonnendorf (nat.-lib.) 2619. Ungültig waren 14 Stimmen.

Bei der am gleichen Tage erfolgten Wahl eines Abgeordneten im 51. Wahlkreis (Bruchsal Stadt) wurden nach der Feststellung des Wahlkommisars 2230 gültige Stimmen abgegeben; davon entfielen 1290 auf Hauptlehrer Wiedemann in Bruchsal (Zentrum), 940 auf Malermeister Hofmann in Bruchsal (Dem.).

Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstanz. Ernannt sind der Postassistent Alexander Greß in Freiburg zum Ober-Postassistenten.

Staatlich angestellt ist der Postassistent Nidel in Konstanz. Befördert sind der Telegraphensekretär Ernst von Freiburg nach Liegnitz; die Postassistenten Falkenbach von Gaujoch nach Frankfurt (Main), Schüler von Emmendingen nach Straßburg (Elsaß).

In den Ruhestand tritt der Ober-Postsekretär Dr. Hölzlin in Freiburg.

(Ein Gedentag.) Morgen ist Scheffels 80. Geburtstag. Es wird in ganz Deutschland, besonders aber in badischen Lande, ein Erinnerungstages Gedentag an den berühmten Dichter der freien Natur und froher Lebenslust sein. Die aus diesem Anlaß von Deutschen Sprachvereinen und der hiesigen Studentenschaft geplante Gedentagfeier ist dem Frühling etwas näher gerückt worden, sie wird, wie bereits gemeldet, am Sonntag den 4. März im großen Festhallsaal stattfinden.

(Großes Konservatorium für Musik.) Am 13. Februar, abends 6 1/2 Uhr, fand im Konzertsaal der Anstalt das achte Vorspiel (Vorbereitungsklassen) statt. Das nächste Vorspiel (Ausbildungsklassen) wird am Dienstag den 20. Februar, abends 6 1/2 Uhr, veranstaltet.

(Musikbildungsanstalt) hält am Samstag den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Prinzessin Wilhelms-Stifts, Sofienstraße 31/33, den zweiten der angekündigten „Instruktiven Abende“ ab. Das Programm bietet selten gehörte Kammermusikwerke für Klavierinstrumente, alte Meisterstücke für Pianoforte von Rameau, Gluck und Scarlatti, sowie die Werberheide Schattentanz-Oper aus Dinorah, Beethovens Quintett für Oboe, Klarinette, Fagott und Klarinette; Mozarts Trio für Klarinette, Fagott und Klavier und Theodor Gerlachs Romane für Waldhorn und Klavier gelangen zur Aufführung. Die Ausführenden sind die Lehrerinnen Fräulein Anna Wogler (Klavier), Fräulein Elisabeth Gumm (Gesang) und die Lehrer Herr Kammermusiker Klupp (Klarinette), die Herren Hofmusiker Richter (Oboe), Sorn (Waldhorn), Wärbig (Fagott), sowie Th. Gerlach, Aug. Hoffmeister und E. Mahner (Klavier). — Der Eintritt ist unentgeltlich.

(Badischer Kunstgewerbeverein.) Am nächsten Mittwoch findet im großen Rathhauseaal der zweite der diesjährigen Wintervorträge des badischen Kunstgewerbevereins statt. Herr Geh. Hofrat Professor Dr. A. v. Döckelhäuser hier wird anfangs des angekündigten Vortrags über Peter Flörner am genannten Abend über „Denkmalpflege in vergangenen Zeiten“ reden und dabei Gelegenheit nehmen, auf Grund der Lehren einer solchen geschichtlichen Betrachtung, die zurzeit auf dem wichtigen Gebiete der nationalen Denkmalpflege herrschenden Streitfragen einer kritischen Beiprüdung zu unterziehen. Der Vortrag ist öffentlich. Beginn pünktlich halb 9 Uhr abends.

(Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Der gestrige Vortrag brachte ein medizinisches Thema von allgemeinem Interesse. Herr Dr. J. Marcuse, Chefarzt des Sanatoriums Ebenhausen (Wahrn), sprach über die „Hygiene der Arbeit“. Herr Marcuse ist ein vorzüglicher Medner, und umfassende sichere Sachkenntnis gibt seiner Rede leichtflüssigem Strom unerschöpfliche Nahrung. Wir sind überzeugt, daß er mit Leichtigkeit über das Thema in gleicher Weise noch Stundenlang hätte sprechen können, aber er beschied sich weislich und machte in etwa einer Stunde Schluß, nachdem er uns über das Wesen der Arbeit und die junge Wissenschaft der Arbeitshygiene, die erst unter hartem, arbeitsüberbürdeten, modernem Gewerbes- und Erwerbsleben gezeitigt hat. Er betonte in erster Linie die Bedeutung genügender Ausspannung und Erholung während des Arbeitstages, zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, durch Wiederherstellung der durch Arbeit verbrauchten Energie. Weiter sprach er über die Wichtigkeit einer möglichst vollständigen Sonntagsruhe, und eines ausreichenden jährlichen Urlaubs zur Vermeidung von Nervenüberreizung und frühzeitigem Verfall der Lebenskräfte. Zum Schluß feierte der Medner noch die wohlthätigen Wirkungen des Sports, der außer seinem Selbstzweck auch mittelbar den Zweck erfülle, vom Wirtshausleben und dem schädlichen Alkoholgenuß fernzuhalten. Der Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen.

(Vereinsbank Karlsruhe, e. G. m. n. S.) Aufsichtsrat und Vorstand haben beschlossen, der demnächst einuberufenenden Generalversammlung die Gewährung einer Dividende von 6 Proz. (im Vorj. 7 Proz.) in Vorschlag zu bringen.

(Die Große Karnevalsgesellschaft) hielt am Dienstag im Saal der Brauerei Hoepfner eine Versammlung ab, in der über den am Fastnachtsdienstag stattfindenden Zug beraten wurde. In diesem Jahr wird der Karnevalszug vom Durlacher Tor aus, wo die Aufstellung bis längstens halb 3 Uhr beendet sein muß, folgenden Weg nehmen: Durlacher Tor — Kaiserstraße — Markt — Kaiserstraße — Kaiserstraße bis zum Durlacher Tor zurück. Die Beteiligung an dem Zug dürfte eine viel bedeutendere werden, als in früheren Jahren. Es sind jetzt schon 100 Nummern angemeldet und eine recht beträchtliche Zahl wird noch dazu kommen. Auch über die Damenführung, die am nächsten Sonntag den 18. d. M. in der Festhalle stattfindet, wurden Mitteilungen gemacht. Die Sitzung beginnt nachmittags 5 Uhr 11 Minuten. Im Laufe der Versammlung wurde dem Vizepräsidenten Mathies für seine Leitung der letzten Herrenitzung im „Mühleng Krug“ die Präsidententafel überreicht.

(Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 14. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Bleicher. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit gelangte die Anklage gegen den Schloffer Anton Robert Weß aus Kuppenheim zur



Verhandlung. Der Angeklagte, der sich am 17. Januar auf Gemartung Ebersteinberg gegen § 176 Ziffer 1 und 3 vergangen, wurde mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. — Wegen Jagdvergehens und Widerstands wurden der Tagelöhner Johann Paul Friedrich aus Eberbach zu 2 Wochen Gefängnis und der Tagelöhner Karl Johann Dominik Rittershofer aus Durlach zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Tagelöhner Martin Riederhöfer aus Schlettstadt wurde am 11. Dezember aus dem Hausgange der Wirtschaft zum „Marquard Hof“ in Langensand eine Kiste mit 200 Stück Zigaretten. Er muß seine Tat mit 4 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, büßen. — Der schon 20 mal vorbestrafte Tagelöhner Wilhelm Koffler aus Dürmersheim war des Betrugs im Rückfall angeklagt. Das gegen ihn erlassene Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

S. Mannheim, 13. Febr. Gelegentlich des Ausstandes bei der Rheinisch-Elbischen-Alliengeseilschaft vorm. Fendel sind verschiedene Ausschreitungen seitens der Streikenden vorgekommen, die jetzt ihr gerichtliches Nachspiel finden. Gestern standen zwei von denjenigen, die jetzt zur Rechenschaft gezogen werden, vor dem Schöffengericht. Der Hafnarbeiter Moser, der erste Angeklagte, hatte am 5. Januar zu dem arbeitswilligen Lademmeister Mörtner gesagt, wenn er ihn erwische, schlage er ihn tot. Das Urteil lautete auf 20 M. Geldstrafe wegen Beleidigung und Verdrachung. Bei dem zweiten Angeklagten, dem schon stark vorbestraften, 40 Jahre alten Hafnarbeiter Wiltz, Scott ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts, der auf 2½ Monate Gefängnis lautete, hinaus und erkannte auf 3 Monate Gefängnis. Scott hatte am Morgen des 11. Januar drei Arbeitswilligen auf dem Wege zur Arbeitsstelle gedroht, wenn sie nicht stehen blieben, schlage er sie tot. Als sie trotzdem weiter gingen, warf der Angeklagte einem von ihnen einen harten Gegenstand an den Kopf.

oc. Heidelberg, 15. Febr. Wie seiner Zeit berichtet, wurde in Riba am Gardasee der Oesterreicher Zippel als mutmaßlicher Mörder des verstorbenen Lehrers Reid, ebenso hier die Geliebte Zippels, eine Druckereilehrerin, unter dem Verdachte der Mitwisserschaft verhaftet. Letztere hat nun eingestanden, daß Zippel den Vermissten erschossen habe.

\* Baden, 14. Febr. Der 25. allgemeine badische Pioniertag findet vom 16. bis 18. Juni d. J. in Baden-Baden statt; zugleich feiert der „Erlaube badische Pionierverein Baden-Baden“ das Fest seiner Fahnenweihe und sein zehntes Stiftungsfest. Die alten Pioniere werden sich gewiß gern in dem schönen Baden zusammenfinden. Die Baden-Badener Pionierkameraden lassen es sich angelegen sein, die auswärtigen Kameraden hier auf das Beste aufzunehmen. Es wird denselben Gelegenheit gegeben sein, alle Schönheiten und Sehenswürdigkeiten in der Stadt und Umgebung kennen zu lernen, auch die heilige Stadtwartung und mit ihr die ganze Bürgererschaft wird das ibrige tun, um den Kameraden den Aufenthalt hier möglichst angenehm zu machen.

\* Vom Oberland, 14. Febr. Seine königliche Hoheit der Erbprinz Herzog hat dem oberbadischen Geflügelzuchtverein für den Kreis Lörrach in Anerkennung des gemeinnützigen Wirkens des Vereins einen sehr schönen silbernen Pokal als Ehrenpreis für die zu Ostern in Lörrach stattfindende internationale Geflügelausstellung zugehen lassen. Auch der Stadtrat Lörrach hat das Unternehmen mit einer Gabe von 200 M. unterstützt. — Die Volkshochschule Schopfheim hatte im vergangenen Jahre einen Umsatz von 244 800 M.; sie erzielte einen Reingewinn von 37 302 M. (2678 M. mehr, als im Vorjahre). Es wurde beschlossen, auf die Stammanteile von 188 192 M. eine Dividende von 6 Proz. zu gewähren und dem Reservefonds 6010 M., sowie dem Spezial-Reservefonds 10 000 M. zuzuwenden, wodurch sich der Gesamt-Reservefonds auf 197 265 M. beläuft. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1005.

\* Vom Badensee, 13. Febr. Der Gemeinderat in Radolfzell beabsichtigt auf der so schön gelegenen Mettnau ein größeres Terrain oberhalb der kaiserlichen Badeanstalten zu kaufen und anzulegen. Der Komplex, worunter mehrere dem Spitalfonds gehörige Grundstücke inbegriffen sind, soll einen praktischen, hübsch angelegten Bäderplan erhalten. — In Konstanz hat sich im Anschluß an den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, ein Ausschuss für Kinderfürsorge gebildet.

\* Kleine Nachrichten aus Baden. Mannheim zählte Ende Dezember v. J. 163 972 Einwohner. — Die Straßenbahnen in Mannheim vereinnahmten im Dezember v. J. 178 335 M. (gegen 160 040 M. im Dezember 1904). Befördert wurden 1 903 407 Personen. — Der Wert der 1905 in Mannheim verkauften Liegenschaften betrug etwa 34 Millionen Mark. — In Barga (N. Engen) brannte der Spitzenhof, Besitzer Friedrich Weber, nieder. 16 Schweine kamen um. — In Meersburg wurde Kaufmann Max Maier zum Bürgermeister gewählt. — Graf Füller weist, der „Frankf. Ptg.“ zufolge, seit einigen Tagen in einer Nervenheilanstalt unweit Konstanz.

#### Naturwissenschaftlicher Verein Karlsruhe.

# In der Sitzung vom 26. Januar sprach Herr Direktor Dr. W. Richter über die Ursache und Verhütung von Staubezpllosionen, insbesondere der Explosionen in der Aluminiumbronze-Industrie. Diese ebenfalls rätselhaften wie unheilvollen Explosionen, welche in dieser Industrie periodisch auftreten, sind bisher als Knallgas-Explosionen angesehen worden, wobei man ferner annahm, daß die Zündung durch aus Stoß, Schlag oder Reibung resultierenden Funken erfolge. Beide Ansichten sind rechnerisch, wie auch durch die Brandstatistik zu widerlegen. Die im Auftrag der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Verufsgenossenschaft angestellte experimentelle Untersuchung hat vielmehr ergeben, daß hier Staubezpllosionen vorliegen und die Zündung auf elektrostatische Ladungen zurückzuführen ist. Die Bürsten (Schweinsborsten) der Steig- und Poliermühlen und das Metall der Maschine erzeugen sich elektrisch, die Bürsten positiv und das Eisen negativ. Einen weiteren, und zwar zwingenden Beweis liefert ferner die Brandstatistik, aus welcher hervorgeht, daß diese Explosionen vorzugsweise in das Frühjahr mit seinen kalten und trockenen Ost- und Nordwinden (Zonen- und Feuchtigkeit-Minimum) fallen. Der Zusammenhang aller auf elektrischer Zündung beruhenden Explosionen mit dem Minimum ist vom Vortragenden schon vor 12 Jahren in der Monographie „Die Benzindränge in den chemischen Versuchsanstalten“ ausführlich erörtert worden.

Als Beweis für diese neue Theorie wurde an einem kleinen Modell einer Poliermühle die Elektrizität nachgewiesen. Auch wurden solche Explosionen mit geeigneten Apparaten künstlich demonstriert. Als Verhütungsmaßregeln werden in Vorschlag gebracht, die Bürsten in den Steigmühlen durch Drahtbürsten zu ersetzen und die Bürsten in den Poliermühlen mit Draht zu durchziehen, und, um sie leitfähig zu machen, mit Schwefelsäure zu imprägnieren.

Herr Geh. Hofrat Gaid legte zum Schluß einige Vogen mit Aufzeichnungen der Seismographen in Durlach und Freiburg vor; es ergibt sich aus ihnen, daß am Sonntag, 21. Januar, in der Zeit von 14—17 Uhr Greenw. Zeit ein ziemlich

heftiges Fernbeben mit einem Höhepunkt um 15 Uhr stattgefunden hat. Die Registrierungen der beiden Apparate stimmen hinsichtlich der Form der Schwingungen der Pendel und der Zeit vollkommen mit einander überein.

#### \*\* Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Landwirtschaftliche Besprechungen. Am Sonntag den 18. Februar in Daisendorf bei Meersburg, Aasen, Gintergarten, Duchsberg, Mietersheim, Zell Weiberbach, Wiberach, Einheim, Storb, Brekingen und Sattelbach. — Am Montag den 19. Februar in Neudingen. — Am Mittwoch den 21. Februar in Laudenbach.

Generalversammlungen der Kreditvereine usw. Am Sonntag den 18. Februar in Stollhofen und Dürheim. — Am Sonntag den 25. Februar in Auenheim. — Am Mittwoch den 21. Februar in Adelhausen. — Am Dienstag den 27. Februar in Oberader.

Generalversammlungen der Orts-, Konium- und Absatzvereine usw. Am Sonntag den 18. Februar in Einheim a. E., Bettmaringen, Tannenkirch, Dattingen, Oberlauchringen, Sulzburg und Mindingen. — Am Mittwoch den 21. Februar in Gubertshofen. — Am Samstag den 24. Februar in Neuenheim-Heidelberg. — Am Sonntag den 25. Februar in Todtmoos, Großschaffen, Blumenfeld und Grombach. — Am Montag den 26. Februar in Kaufhott. — Am Samstag den 3. März in Ostersheim.

Generalversammlungen der Volkereien usw. Am Samstag den 17. Februar in Schwarzbach. — Am Dienstag den 20. Februar in Nußbaum. — Am Donnerstag den 22. Februar in Immenstaad. — Am Sonntag den 25. Februar in Mudenbach und in Neuhäusen.

\* Karlsruhe, 15. Febr. 28. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 16. Februar 1906, vormittags 9 Uhr:

- Anzeige neuer Eingaben. Sodann Beratung der mündlichen Berichte der Wahlsprüfungscommission über die Abgeordnetenwahlen
- im 6. Wahlkreis (Donau-Engen), Berichterstatter: Abg. Jöhner;
  - im 58. Wahlkreis (Bretten-Bruchsal), Berichterstatter: Abg. Hennig;
  - im 53. Wahlkreis (Bretten-Bruchsal), Berichterstatter: Abg. Eichhorn.

#### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 15. Febr. Ihre Majestät die Kaiserin muß infolge starker Erkältung das Zimmer hüten.

\* Hamburg, 14. Febr. Mit dem Dampfer „Kronprinz“ sind in letzter Nacht drei junge Buren hier eingetroffen, die wegen Landesverrats vom Bezirksgericht in Windhuk zu 5 Jahren 10 Monaten bzw. 6 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind; sie sollen die Strafe in Deutschland verbüßen und sind vorläufig nach Harburg gebracht worden. Demnach sollen sieben Landesverräter hier eintreffen.

\* Berlin, 15. Febr. Das „Militärwochenblatt“ meldet: In Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche wurden mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt: Generalleutnant von Kettler, Kommandeur der 21. Division, Generalleutnant v. Collani, Kommandeur der 16. Division, Generalleutnant Graf v. Kanitz, Kommandeur der 20. Division.

\* Lübeck, 15. Febr. Die Bürgerschaft nahm nahezu einstimmig eine Geseßsvorlage an, nach welcher die Angehörigen des Lübecker Staates erst nach fünfjährigem Aufenthalt in Lübeck das Staatsbürgerrecht in Lübeck erwerben können.

\* Leipzig, 14. Febr. In der Leipziger Baumwollspinnerei waren infolge der gestern Abend abgehaltenen Streikversammlung von 1500 Arbeitern nur 500 heute früh zur Arbeit erschienen. Die Verwaltung schickte auch diese wieder fort und gab durch einen Anschlag bekannt, sie werde die Fabrik bis auf weiteres schließen, falls die Arbeit Donnerstag nicht wieder aufgenommen werde.

\* Wien, 14. Febr. Aus kompetenter serbischer Quelle wird mitgeteilt, daß der heute nach Wien zurückgekehrte serbische Gesandte Wuisch von der serbischen Regierung beauftragt sei, an die österreichisch-ungarische Regierung das Ersuchen um Bekantgabe der gewünschten Modifikation des serbisch-ungarischen Zollunionsvertrages zu richten, von denen Oesterreich-Ungarn die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien abhängig macht.

\* Paris, 14. Febr. Die Kammer setzte in ihrer heutigen Vormittagsitzung die Beratung des Arbeiter-Versicherungsgesetzes fort und nahm den Antrag Lemire an, nach welchem das Gesetz auch auf landwirtschaftliche Pächter, die für gewöhnlich nur Mitglieder ihrer Familie oder einen Anwalt beschäftigen, Anwendung finden soll.

\* Paris, 15. Febr. Die sozialistisch-radikale Senatsgruppe Clemenceaus, welche übrigens mit den anderen radikalen Gruppen Hand in Hand geben will, zählt ungefähr 30 Mitglieder.

\* Paris, 15. Febr. Unter den Toulouser Katholiken macht sich eine scharfe Bewegung gegen den dortigen Erzbischof Gernand geltend, weil derselbe am Tage vor der Kirchenamantur abreiste und den Priestern seiner Diözese die Weisung erteilte, lärmende Kundgebungen zu verhindern.

\* Paris, 15. Febr. Präsident Loubet empfing gestern den russischen Vorkämpfer Melidow, der von Kaiser Nikolaus den besonderen Auftrag hatte, dem Präsidenten Loubet aus Anlaß des Ablaufs seiner Amtszeit die Gefühle persönlicher Freundschaft des Kaisers erneut zum Ausdruck zu bringen und ihm zum Andenken die Insignien des Andreasoordens mit Brillanten zu überreichen.

\* Rom, 15. Febr. Der Minister für Post- und Telegraphen, Mira, hat Anweisung gegeben, wonach von heute ab ein ermäßigter Tarif für Prestelegramme nach Frankreich, England und Oesterreich-Ungarn in Kraft tritt. Die drei genannten Staaten gewöhnen Italien dieselbe Behandlung.

\* London, 14. Febr. Nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio nahm das Abgeordnetehaus heute die Regierungsvorlage an, nach der die Kriegsschuld des Landes, die sich im Jahre 1907 auf annähernd 1822 Millionen Yen belaufen wird, 1939 vollständig abbezahlt sein soll, wobei in der Zwischenzeit sechs Konvertierungen vorgesehen sind. Die innere Schuld, die mit dem Kriege nicht zusammenhängt und die rund 575 Millionen Yen beträgt, soll nach dem Entwurf bis 1942 vollständig getilgt sein.

\* Stockholm, 15. Febr. Seine Majestät König Oskar trifft am 22. Februar in Berlin ein und reist von dort nach der Riviera weiter.

\* Madrid, 15. Febr. Deputiertenkammer. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Minister des Innern, es sei auf Ferral eine Station für drahtlose Telegraphie zum Zweck von Versuchen eingerichtet worden. Es seien damit praktische Ergebnisse erzielt worden.

\* Konstantinopel, 14. Febr. Ueber die letzte türkische Schlappe im Yemen verlautet, daß von den Aufständischen eine Proviantkolonne abgefangen worden sei und daß die zur Hilfeleistung herbeigeeilten 4 Bataillone eingeschlossen worden seien, wobei General Riza gefallen sei, zu deren Befreiung, wie es weiter heißt, Marschall Achmed Feizi Pascha mit zwei Bataillonen herbeigeeilt war, infolge der erlittenen Verluste jedoch bis Sanaa zurückgehen mußte, wo eine neue Expedition vorbereitet wird.

\* Konstantinopel, 14. Febr. Am 1. d. M. hat eine griechische Bande in dem Bezirk Perlepe, Vilajet Monastir slavische Kirchenbücher verbrannt, 13 angesehene Einwohner erschossen und 3 Säuber verwundet. Der Generalkommissar hat die strengste Verfolgung der Bande angeordnet.

\* Athen, 15. Febr. Die Kammer ist aufgelöst worden. Die Wahlen wurden auf den 8. April, die Einberufung der neuen Kammer auf den 3. Mai festgesetzt.

\* Washington, 15. Febr. Das Repräsentantenhaus hat heute das Gesetz, betreffend die Befestigungen, angenommen, durch welches 4 384 000 Dollar für Befestigungen und Kriegsgüter bereit gestellt werden.

\* Bietermariburg, 15. Febr. Der Sekretär für Angelegenheiten der Eingeborenen hatte gestern eine Zusammenkunft mit drei Häuptlingen und 500 Eingeborenen von Mittel-Mosoo in dem Bezirk, wo die Grenzsoldaten ermordet worden sind. Die Häuptlinge dankten dem Sekretär für seinen Besuch und versprachen, die Kopfsteuer zu zahlen. Durch diese Zusammenkunft sind die Befürchtungen der Europäer, welche bereits Vorkehrungen für etwaige Angriffe von Seiten der Eingeborenen getroffen hatten, behoben worden.

#### Verschiedenes.

\* Kurhaven, 15. Febr. Der dänische Dampfer „Nepos“ aus Esbjerg ist nach den in der Nordsee aufgefundenen Wrackteilen zu urteilen, untergegangen. Ueber den Verbleib der Mannschaft ist nicht bekannt.

\* München, 15. Febr. Auf dem Anwesen des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Sartorius ließ der Staatsanwalt die beschlagnahmten Weine in den M u s b a c h laufen.

\* München, 15. Febr. Die vor einigen Tagen von der bayerischen Staatsregierung an ein Konfession begebenen 50 Mill. Mark 3½ Proz. bayerische Staatsobligationen werden am Mittwoch den 21. Februar zum Kurse von 99,80 Proz. zur Subskription aufgelegt.

\* Brüssel, 14. Febr. „Etoile Belge“ veröffentlicht eine Depesche aus Ostende, welche berichtet, daß ein dortiges Boot in der Nähe von Ostende ein Schiff entdeckt habe, das ganzlich von der Mannschaft verlassen war. Das Schiff, welches von Emden kam, wurde nach Ostende gebracht. Es trägt den Namen „Louis J. Hera“ und ist von Deutschland mit der Bestimmung nach Südamerika abgegangen. Man glaubt, daß es während des letzten Sturmes von seiner Mannschaft verlassen worden sei.

\* Catanzaro, 15. Febr. Gestern Abend 11 Uhr wurde hier und in der Umgegend ein starkes Erdbeben verspürt, das 6 Sekunden andauerte.

\* New-York, 15. Febr. Mehrere Blätter veröffentlichten Telegramme aus Guayaquil, wonach sämtliche kolumbische Küstenstädte zwischen Tumaco und Buenaventura durch Sturmwellen, die durch die jüngsten Erdbeben verursacht worden sind, zerstört wurden. In der Nähe von Tumaco wurden 70 Leichen gefunden.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 16. Febr. Abt. C. 42. (nicht 43.) Ab.-Vorst. „Orpheus in der Unterwelt“, burleske Oper in 2 Akten und 4 Bildern nach dem Französischen des Hector Cremieux, Musik von Offenbach. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 17. Febr. Abt. A. 44. Ab.-Vorst. „Der Graf von Charolais“, Trauerspiel in 5 Akten von Richard Beer-Hofmann. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Sonntag, 18. Febr. 14. Vorst. außer Ab. „Die Meisterfinger von Nürnberg“, in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 15. Februar 1906.

Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche wie am Vortag, indem ein barometrisches Maximum über dem Innern Russlands eine Depression im Nordwesten der britischen Inseln gegenüber liegt. In Mitteleuropa ist das Wetter noch immer bei Temperaturen, die um den Gefrierpunkt schwanken, vorwiegend trüb und zu Niederschlägen geneigt. Eine wesentliche Aenderung ist nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 15. Februar 1906, früh.

Lugano wolkenlos — 3 Grad; Biarritz Regen 7 Grad; Nizza heiter 2 Grad; Triest bedeckt 6 Grad; Florenz bedeckt 2 Grad; Rom wolkenlos 1 Grad; Cagliari halbbedeckt 7 Grad; Brindisi bedeckt 6 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Wind	Himmel
14. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	747.8	6.1	4.1	68	CB bedeckt
15. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	749.3	5.1	4.1	63	NE "
15. Mittags 2 <sup>00</sup> U.	748.6	4.7	3.8	59	" "

Höchste Temperatur am 14. Februar: 6.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.2.

Niederschlagsmenge des 14. Februar: 1.6 mm.

Schneehöhe: Boden schneefrei.

Wasserstand des Rheins am 15. Februar, früh: Schusterinsel 1.18 m, gestiegen 3 cm; Kehl 1.47 m, gefallen 2 cm; Magau 3.16 m, gefallen 2 cm; Mannheim 2.56 m, Stillstand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.





**Deutsche Botschafts-Zigarre**  
 milde angenehme Qualitätsmarke. Probebeutel Mk. 5.80.  
 Musterfischen gegen Mk. 1.—, auch in Briefmarken.  
**E. P. Hieke, Grossh. Hoflieferant**  
 Karlsruhe, Kaiserstraße 215. 355.52.4

**Alpirsbach Sanatorium Dr. Würz**  
 für Nerven — Innere Krankheiten  
 Erholungsbedürftige. Prosp. Das ganze Jahr offen.  
 bei Freudenstadt (Schwarzwald)

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe**  
**Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts.**  
 Herausgegeben von Woldemar von Rohland, Heinrich Rosin, Richard Schmidt.  
 Die „Freiburger Abhandlungen“ erscheinen in zwanglosen Heften, die einzeln zu haben sind.  
**Das Strafrecht der französischen Encyclopädie.** Ein Beitrag zur Geschichte der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Von Dr. jur. Alfred Freiherr von Overbeck. Preis Mk. 3.—  
 und gibt ein gutes Bild der Gedankenwelt der französischen Aufklärungsperiode, um so dankenswerter, als die Darstellung gründlich und zu gleicher Zeit anziehend ist.  
 Zeitschrift für die ges. Strafrechtswissenschaft.  
**Prozessrecht und Staatsrecht.** Betrachtungen zur Systematik und zur Gesetzesreform des modernen Zivilprozessrechts. Von Dr. jur. R. Schmidt, Professor der Rechte in Freiburg i. Br. Preis Mk. 1.80.  
 Geistvolle Streiflichter auf die positiven Prozesseinrichtungen unter dem Gesichtswinkel der staatlichen Garantien des Rechtsschutzes, mit eingehenden Bemerkungen zu den neuesten Prozessreformvorschlägen.  
**Der Vollzug der Freiheitsstrafen in Baden.** Von Dr. Julius Appel. Preis Mk. 3.—  
 Die Abhandlung stellt einen wertvollen Beitrag zu der bisher von der Literatur recht stiefmütterlich behandelten Lehre vom Strafvollzug dar.  
 Centralblatt für Rechtswissenschaft.  
**Der strafrechtliche Schutz des Briefes.** Dogmatisch und rechtsvergleichend dargestellt. Von Dr. Eugen Gerhard. Preis Mk. 1.80.  
 Die anregende Monographie erörtert das interessante Thema nach jeder Hinsicht.  
 Bad. Rechtspraxis.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

**Südb. Fabrikant sucht Tochtermann,**  
 20 Jähr., gebildetes, charaktervolles, prof. Fert., ohne deren Wissen, bei absoluter gegenseitiger Discretion u. Geneigtheit 40 Mille Mägit bei 3 fachen Vermögen. Beamter, Kaufmann, Industrieller oder Offizier von tadelloser Vergangenheit und Familie ist gebeten, sich dieserhalb offen und vertrauensvoll an mich zu wenden. Näheres erbeten unter **F. G. B. 933** an **Kudolf Mosse, Frankfurt a. M. 3. Wetterstr.**

**Handschuhe, Konzert- und Ball-Tücher**  
 anerkannt vorzügl. Qualitäten empfehlen  
**LUDWIG OEHLE**  
 Nachfolger  
**KARLSRUHE i. B.**  
 Kaiserstr. 112  
 99.5.2

**Bürgerliche Rechtsstreite.**  
**Aufgebot.**  
 192.2.1. Nr. 2599. **Achern.** Der Abwesenheitspfleger **Franz Karl Bredtel** in **Fautenbach** hat beantragt, die verschollenen **Georg Friedrich Bredtel**, geboren am 13. September 1818, **Maria Barbara Bredtel**, geboren am 8. Januar 1830 in **Fautenbach**, zuletzt wohnhaft in **Fautenbach**, für tot zu erklären.  
 Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf  
**Dienstag den 25. September 1906,**  
**vormittags 10 Uhr,**  
 vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.  
 An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.  
**Achern, den 13. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Christ.**

**Aufgebot.**  
 193.2.1. Nr. 1751. **Kenzingen.** Auf Antrag des Landwirts **Johann Bauer** von **Wühl** wird der am 10. November 1842 zu **Wühl** geborene **Ferdinand Bauer** aufgefordert, sich spätestens in dem auf  
**Freitag den 30. November 1906,**  
**vormittags 10 Uhr,**  
 bestimmten Termin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird. Zugleich werden alle, welche Verschollenen zu erteilen vermögen, aufgefordert, spätestens in obigem Termin dies dem Gericht anzuzeigen.  
**Kenzingen, den 9. Februar 1906.**  
 Großh. Amtsgericht.  
**gez. Straub.**  
 Dies veröffentlicht:  
 Der Amtsgerichtsschreiber:  
**Boos.**

**Konkursverfahren.**  
 194. Nr. 4771. **Baden.** Ueber den Nachlaß der Landwirtin **Maria Johanna Ghefran**, Ehefrau geb. **Herweg**, von **Dos** wurde heute am 13. Februar 1906, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
 Kaufmann **Wilhelm Schindler** in **Baden** ist zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 27. März 1906 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
**Dienstag den 13. März 1906,**  
**vormittags 11 Uhr,**  
 und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
**Donnerstag den 26. April 1906,**  
**vormittags 10 Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. März 1906 Anzeige zu machen.  
**Baden, den 13. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Matt.**

**Konkursverfahren.**  
 195. Nr. 4511. **Baden.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Sattlermeisterin Heinrich Weidenheimer Witwe, Friederike geb. Wehse** in **Baden**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlußverteilung aufgehoben.  
**Baden, den 12. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Matt.**

**Konkursverfahren.**  
 196. Nr. 2262. **Durlach.** Ueber den Nachlaß des **Drehers Paul Julius Hermann Helfinger** in **Durlach** wurde heute am 14. Februar 1906, vormittags 8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Nachlaß überschuldet und die Erben die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt haben.  
 Herr Rechtsanwalt **Reuter** in **Durlach** wurde zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1906 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
**Dienstag den 13. März 1906,**  
**vormittags 9 Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur

**Konkursverfahren.**  
 197. Nr. 7345. **Forsheim.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Heinrich Schön, Stahlgraveurs** in **Forsheim** ist infolge eines vom Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin bestimmt auf  
**Montag den 26. Februar 1906,**  
**vormittags 11 Uhr,**  
 vor **Gr. Amtsgericht** hier, **Zimmer Nr. 18.**  
 Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses ist auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.  
**Forsheim, den 13. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Kohrer.**

**Zwangsvergleich.**  
 197. Nr. 7345. **Forsheim.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Heinrich Schön, Stahlgraveurs** in **Forsheim** ist infolge eines vom Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin bestimmt auf  
**Montag den 26. Februar 1906,**  
**vormittags 11 Uhr,**  
 vor **Gr. Amtsgericht** hier, **Zimmer Nr. 18.**  
 Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses ist auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.  
**Forsheim, den 13. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Kohrer.**

**Konkursverfahren.**  
 199. **Kastatt.** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des **Postmeisters a. D. Ferdinand Bauer** in **Kastatt** wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
**Kastatt, den 10. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Eschenauer.**

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.**  
**Nachlassverwaltung.**  
 200. **Kehl.** Ueber den Nachlaß des in **Kastatt** gestorbenen Kaufmanns **Georg August Barbanes** ist die Nachlassverwaltung angeordnet worden. Als Nachlassverwalter wurde Herr **Heinrich Barbanes** in **Strasbourg — Grimbarg 16 I** — bestellt.  
**Kehl, den 13. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Maurer.**

**Bermischte Bekanntmachungen.**  
**Schreibgehilfenstelle.**  
 Bei der **Evang. Stiftungsverwaltung Offenburg** ist die Stelle eines **Schreibgehilfen** mit einer Anfangsvergütung von 900 M. (eventuell auch 1000 M.) auf 1. April d. J. neu zu besetzen. Bewerber evang. Konfession mit schöner Handschrift wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse, sowie eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bis längstens 26. Februar d. J. melden.

**Nutzholzersteigerung.**  
 Das **Gr. Amtsgericht Langensteinbach** versteigert mit Borfrist bis 1. November d. J. am **Freitag den 23. Februar 1906** im **Rathause zu Langensteinbach**. a. vormittags 9 Uhr aus **Domänenwald Buchwalb**, 7 Eichen I, 21 III, 55 IV. und V.

**Nutzholzersteigerung.**  
 Das **Gr. Amtsgericht Langensteinbach** versteigert mit Borfrist bis 1. November d. J. am **Freitag den 23. Februar 1906** im **Rathause zu Langensteinbach**. a. vormittags 9 Uhr aus **Domänenwald Buchwalb**, 7 Eichen I, 21 III, 55 IV. und V.

**Klasse, 13 Buchen I, 4 II. Klasse, 4 Birken, 1 Ulme, 56 Forstentämme und Abschnitte I.—IV. Klasse, 43 Forstentämme I.—III. Klasse.**  
 b. Von vormittags 11 Uhr an aus **Domänenwald Hermannsgrund und Nappenbusch**: 5 Eichen II.—IV. Kl., 1 Buche I. Klasse, 76 Forstentämme und Abschnitte I., 413 II., 167 III., 32 IV. Klasse, 15 Forstentämme I., 37 II., 13 III. Klasse, 7 Lärchenentämme V. Klasse, 86 Fichtenentämme IV. und V. Klasse, 120 Bau- und Hopfenstangen.  
 Forstwart **Nonnenmacher** in **Wilsberdingen** zeigt das Holz aus **District Buchwald**, die Forstwart **Welte** und **Kies** in **Langentebach** dasjenige aus den **Districten Hermannsgrund und Nappenbusch** auf Verlangen vor.  
 Listen-Auszüge durch das **Forstamt**.

**Forstentammelnholz-Submission.**  
 Das **Forstamt St. Leon** verkauft im Wege des schriftlichen Angebots 8 Löße forstentammelnholz. Verzeichnisse durch das **Forstamt**. Angebote pro Festmeter wollen nach Losen getrennt, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf forstentammelnholz“ versehen, bis spätestens **Donnerstag den 1. März d. J., vormittags 10 Uhr**, beim **Forstamt St. Leon** eingereicht werden. Die Eröffnung erfolgt im Anschluß an die am gleichen Tag im **Wohnen in St. Leon** stattfindende **Nutzholzersteigerung**.  
**St. Leon, den 14. Februar 1906.**  
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Frank.**

**Nutzholzersteigerung.**  
 Das **Gr. Amtsgericht St. Leon** versteigert aus dem **Domänenwald „Untere Eulshard“** im **Wohnen in St. Leon** am **Donnerstag den 1. März 1906**, vormittags 10 Uhr beginnend: 49 Ster weißbuche (1,20 m lange), 37 Ster erlene (2 m lange) Rollen, 29 eichene, 33 weißbuche, 10 eichene, 42 birchene Stangen, 185 Eichen (darunter 2 I. und 9 II. Kl.), 5 Rotbuchen, 12 Weißbuchen, 37 Erlen, 41 Birken, 6 Ulmen, 11 Ulmen, 9 Eichen.  
 Am **Freitag den 2. März**, vormittags 10 Uhr beginnend: 700 forstentammelnholz und Abschnitte (620 Festmeter, hauptsächlich aus Abteilung I 39 Forstentammeln). Auszüge aus den Aufnahmelisten durch das **Forstamt**.

**Holzversteigerung.**  
 Aus den **Domänenwaldungen des Forstbezirks Karlsruhe** werden mit Ziel auf 1. November 1906 versteigert: I. **Montag den 19. Februar 1906**, vormittags 9 Uhr, in **Kleinrappurr** (im **Schloßhain**) aus **District Forstlach**:  
 5 Eichen und 1 Wagnereiche, 2 Wagnereichen und 1 Säggasse, 2 Eichenstangen, 2 eichene, 12 erlene und 3 Klotzenholzrollen, 82 hainbuche, 24 eichene und 60 gemischte Brennholzstere, 1000 buche und 325 gemischte Normalwellen, 1300 gemischte Prügelwellen, 3 Löße Abraum; aus **District Salzenwäldle** (Stadtgarten):  
 1 Säggasse, 2 Eichen mit 1 m und 97 cm Durchmesser, aber etwas wurmfressig, 3 Weißbuche, 1 Säggasse, 1 Erlen, 15 Ster buche, 1 eichene und birchene Scheit Holz (zum Teil anbrüchig);  
 II. **Dienstag den 20. Febr. 1906**, um 9 Uhr, im **Saale der Krone in Egenstein** aus **District Neupforzkopf**, **Abt. 2**: 7 eichene, 7 eichene, 5 rufene und 6 Ahorn-Weißholzstämme, 4 Ahorn-Nutzholzstere, 156 harte, 20 gemischte und 15 weiche Scheit- und Prügelholzstere, 8 Ster Stochholz, 1850 gemischte Wellen und 3 Löße Abraum;  
 III. **Mittwoch den 21. Febr. 1906**, um 9 Uhr, im **Alder in Forchheim** aus **District Kastelwörth**, **Schlag 26**: 22 Wagnereichen, 2 Ahornstämme, 1 eichener, 1 eichener und 5 Ahorn-Nutzholzstere, 150 Ster harte und 92 Ster gemischte Scheit- und Prügelholz, 18 Ster Stochholz und 1675 gemischte Wellen und 2 Löße Abraum; auf der neuen Wehlinie an dem **alten Federbach** in **Kastelwörth**:  
 19 Sägg- und Wagnereichen, 5 hainbuche II., 15 Eichen II. u. III., 5 Buchen I. u. II., 1 Ahorn II., 2 kanadische Pappeln I. u. II. Klasse, 4 eichene Nutzholzstere, 110 harte, 12 gemischte und 14 weiche Scheit- und Prügelholzstere, 975 gemischte Wellen. Das Holz wird vom **Forstschutzpersonal** an den Versteigerungstagen vorgezeigt.  
**St. Leon, den 13. Februar 1906.**

**Zusammenkunft jeweils halb 8 Uhr** zum **District Forstlach** am **Rappurrer Bahnübergang**, zum **District Neupforzkopf** am **Hafen in Leopoldshafen**, zum **Kastelwörth** am **Forstwartshaus** in **Forchheim**.

**J.185. Karlsruhe.**  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 1. März 1906 wird zum niederländisch-südwestdeutschen Gütertarif „Teil II“ der Nachtrag I und zum niederländisch-baseler Gütertarif der Nachtrag II ausgegeben.  
**Karlsruhe, den 13. Februar 1906.**  
 Großh. Generaldirektion.

**J.186. Karlsruhe.**  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 1. März 1906 werden für die Beförderung von Bier in Fässern in Ladungen von 5000 und 10 000 Kilogramm von **Donau-Eichingen** nach **Stunde** ermäßigte Frachttarife eingeführt.  
**Karlsruhe, den 13. Februar 1906.**  
 Großh. Generaldirektion.

**J.212. Karlsruhe.**  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Am 1. März 1906 wird zum **Teil 6** des **Deutsch-Prinz-Heinrich-Bahn** Gütertarifs der **Nachtrag III** ausgegeben. Er enthält Frachttarife für die Stationen **Freiburg Süd**, **Hörden** und **Petershausen** I. **Baden**, ferner neue Frachttarife des **Ausnahmetarifs 10** für den **Verband von Dünemitteln** ab **Differdingen** und anderweitige teilweise gering erhöhte Frachttarife für **Mannheim**. Soweit Frachterhöhungen eintreten, gelten die bisherigen Frachttarife noch bis **Ende März 1906**.  
 Weitere Auskunft erteilen die Stationen.  
**Karlsruhe, den 13. Februar 1906.**  
 Großh. Generaldirektion.

**J.213. Karlsruhe.**  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Mit sofortiger Wirkung — im Verkehr mit **Mannheim** mit Wirkung vom 1. März 1906 — wird mit Gültigkeit bis 31. Dezember 1906 im inneren badischen Güterverkehr einschließlich des Güterverkehrs mit den badischen Nebenbahnen im Privatbetriebe, wie letztmals im Jahre 1902, ein **Ausnahmetarif** für die Beförderung von **Eis** in **Wagenladungen** von mindestens 10 000 kg oder bei Zahlung der **Fracht** für dieses Gewicht auf **jedem** verwendeten **Wagen** eingeführt, der **erbliche Ermäßigungen** gewährt.  
 Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen.  
**Karlsruhe, den 14. Februar 1906.**  
 Großh. Generaldirektion.

**J.215. Karlsruhe.**  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Mit Gültigkeit vom 1. März l. J. wird in den **Gütertarif Basel S. B. V.** und **Basel St. Johann — Badische Bahn** als **Ziffer 4** der **Borbemerkungen** folgende **Bestimmung** aufgenommen:  
 „Ebenso wird die **Fracht** für die **Basler Verbindungsbahn** nach den Bestimmungen unter **Ziffer 3** nachgelesen, wenn von **Sammelsendungen**, die in **Basel Bad. B.** aus **Gebieten** mit **Gleichstellung** der **Frachttarife** für die **Basler Bahnhöfe** eintreffen, **einzelne** **Teilladungen** mit **neuem** **Frachttarife** oder die **Verbindungsbahn** nach **Basel S. B. V.** oder **Basel St. Johann** weitergehen und **daselbst** **verbleiben**.“  
**Karlsruhe, den 13. Februar 1906.**  
 Großh. Generaldirektion.

**J.214. Karlsruhe.**  
**Südwestdeutscher Verband.**  
 Mit sofortiger Gültigkeit wird die **Station Freiburg Süd** in den **Ausnahmetarif 9a** für **Eisen** und **Stahl** der **Tariffeste 4** und **7** und in den **Ausnahmetarif 4** für **Eisen** und **Stahl** des **Tariffestes 8** als **Empfangsstation** aufgenommen.  
 Ferner wird im **Tariffest 8** mit Gültigkeit vom 1. März 1906 die **Station Mannheim-Neckarau** als **Empfangsstation** für den **Verband** ab **verschiedenen** **pflanzlichen Stationen** in die **Abt. III** des **Ausnahmetarifs 23** für **Steine** usw. aufgenommen und mit Gültigkeit vom 25. Februar 1906 das **Warenverzeichnis** des **Ausnahmetarifs 50** für **Kindermehl** und **Milch** usw. durch **Aufnahme** des **Frachtgegenstandes** **Milchpulver** ergänzt.  
 Nähere Auskunft erteilen die Stationen.  
**Karlsruhe, den 13. Februar 1906.**  
 Namens der beteiligten Verwaltungen.  
 Großh. Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen.